



Pressekonferenz

Konjunkturmfrage Frühjahr 2024

Berlin, April 2024



Die Situation in der regionalen Bauwirtschaft

- Hohe Material- und Energiepreise
- Hohe Baukreditzinsen
- Zu wenig Bewegung bei der Förderung für das energieeffiziente Bauen
 - Große Zurückhaltung bei den Bauherren beim Ausschreiben neuer Projekte
 - Die Baugenehmigungen im Wohnungsneubau sind in 2023 in Berlin um ca. 30 Prozent und in Brandenburg um rund 35 Prozent im Vergleich zu 2022 zurückgegangen
 - Auch bei den Sanierungen von Gebäuden sind in Berlin fünf und in Brandenburg rund 15 Prozent weniger Genehmigungen erteilt worden
 - Fokussierung auf zu hohe Standards ist kostenintensiv → wissenschaftliche Studien haben ergeben, dass im Gebäudesektor die Klimaneutralität in 2045 mit der Umsetzung niedrigerer Effizienzstandards in der Sanierung bei deutlich niedrigeren Kosten zu erreichen ist



Die Situation in der regionalen Bauwirtschaft

- Bürokratie und mangelnde Leistungsfähigkeit der Behörden
 - Nach wie vor dauern Genehmigungen in Berlin und Brandenburg zu lang
 - Keine einheitliche Bearbeitung von Anträgen in den Bezirken → Nachweisanforderungen unterschiedlich
- Keine Ausgleichsfunktion durch Steigerung der staatlichen Auftragsvergabe
- Weitere Verkomplizierung der öffentlichen Auftragsvergabe
 - ILO-Kernarbeitsnormen → keine einheitlichen Standards für eine Überprüfung, daher nun die Zertifikate von zwei privaten Stiftungen als Nachweis
- Lieferkettengesetz
 - Auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen der Baubranche müssen nun Nachweise führen, obwohl als Dienstleister eigentlich ausgenommen → Aufwand erhöht sich



Die Situation in der regionalen Bauwirtschaft

- Fachkräftemangel
 - Kaum Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt
 - Rund 150 offene betriebliche Lehrstellen in Berlin und in Brandenburg
rund 200 offene betriebliche Lehrstellen im Bauhauptgewerbe laut
Lehrstellenbörse der Agentur für Arbeit
- Erfreulich
 - Unternehmer halten nach wie vor die Mitarbeiter (weniger Entlassungen
mehr Kurzarbeit)
 - Nach wie vor hohe Ausbildungsbereitschaft der kleinen und
mittelständischen Unternehmen
 - rund 55 Prozent der Firmen bilden aus



Ausblick nach wie vor nicht allzu gut

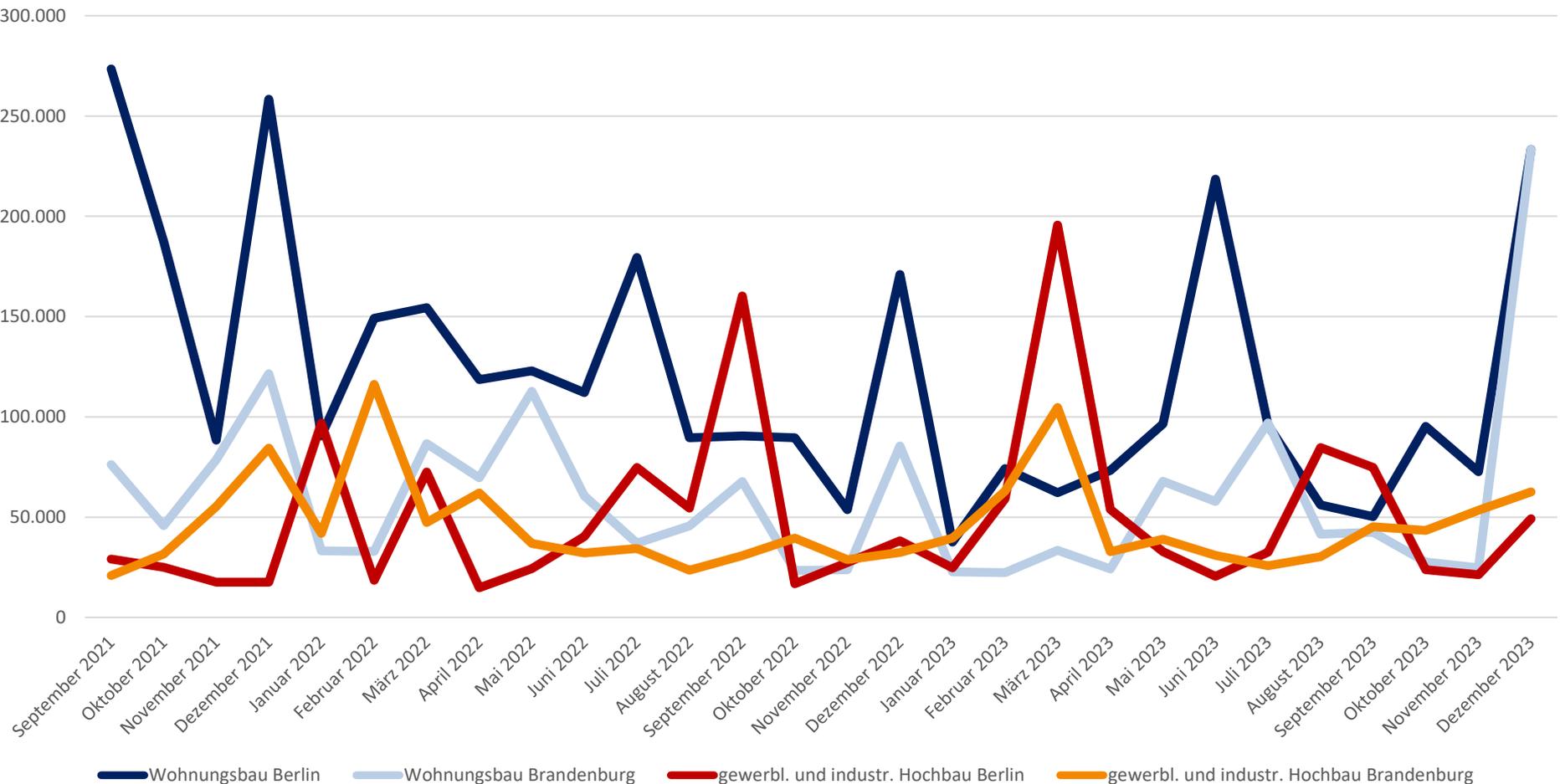
- zu wenige öffentliche Investitionen durch klamme öffentliche Kassen
- Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen der Bauherren durch hohes Preis- und Zinsniveau aber auch durch Fokussierung der Politik auf hohe Effizienzstandards
- Beschluss der Bauministerkonferenz zum Belastungsmoratorium im November 2023 wichtig
- Entlastungspakete (Sonder-AfA oder Förderungen) brauchen bei der Umsetzung zu lang
- Kaum Förderung beim Geschosswohnungsbau

Nach wie vor gilt

- Ungebrochener Bedarf an neuen Wohnungen in Berlin
- Dringend notwendige Ertüchtigung der Infrastruktur in Berlin und Brandenburg
- Wachstumskerne in Brandenburg rund um Tesla, Lausitz und BER

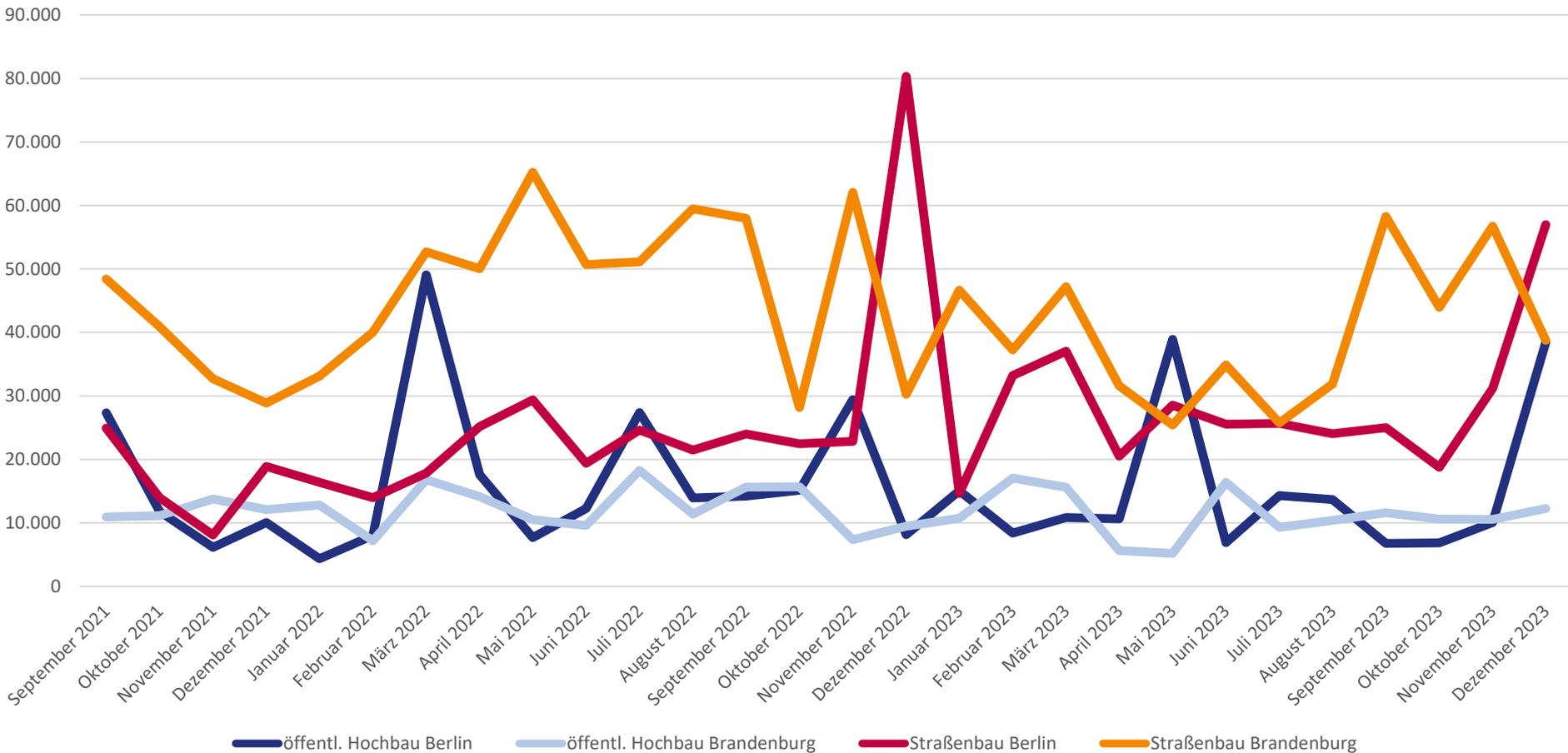


Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg (in 1.000 Euro, nicht preisbereinigt, Quelle Statistisches Landesamt Bln-Brb)





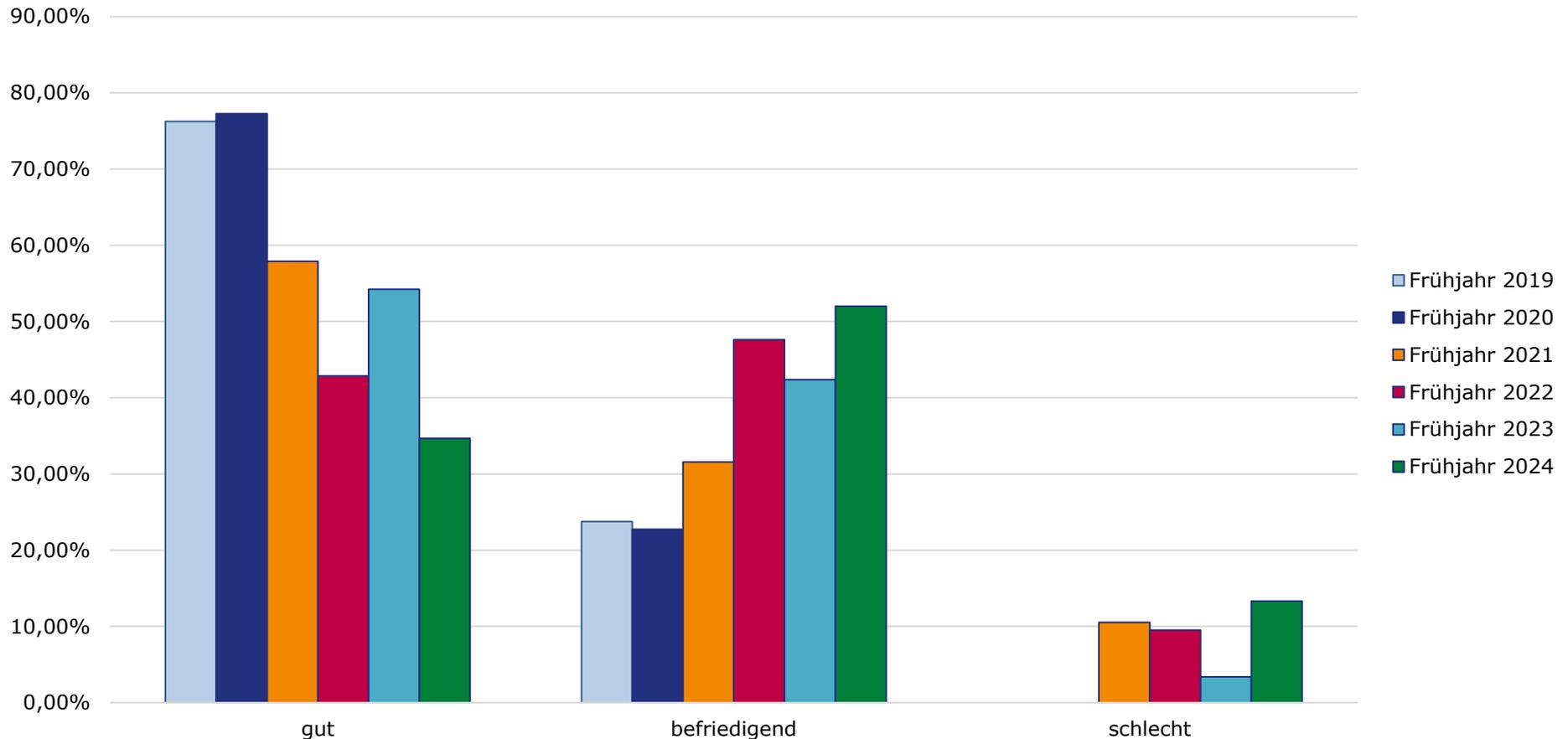
Auftragseingänge Bauhauptgewerbe öffentliche Investitionen (in 1.000 Euro, nicht preisbereinigt; Quelle Statistisches Landesamt Berlin/Brandenburg)





Geschäftslage verschlechtert sich

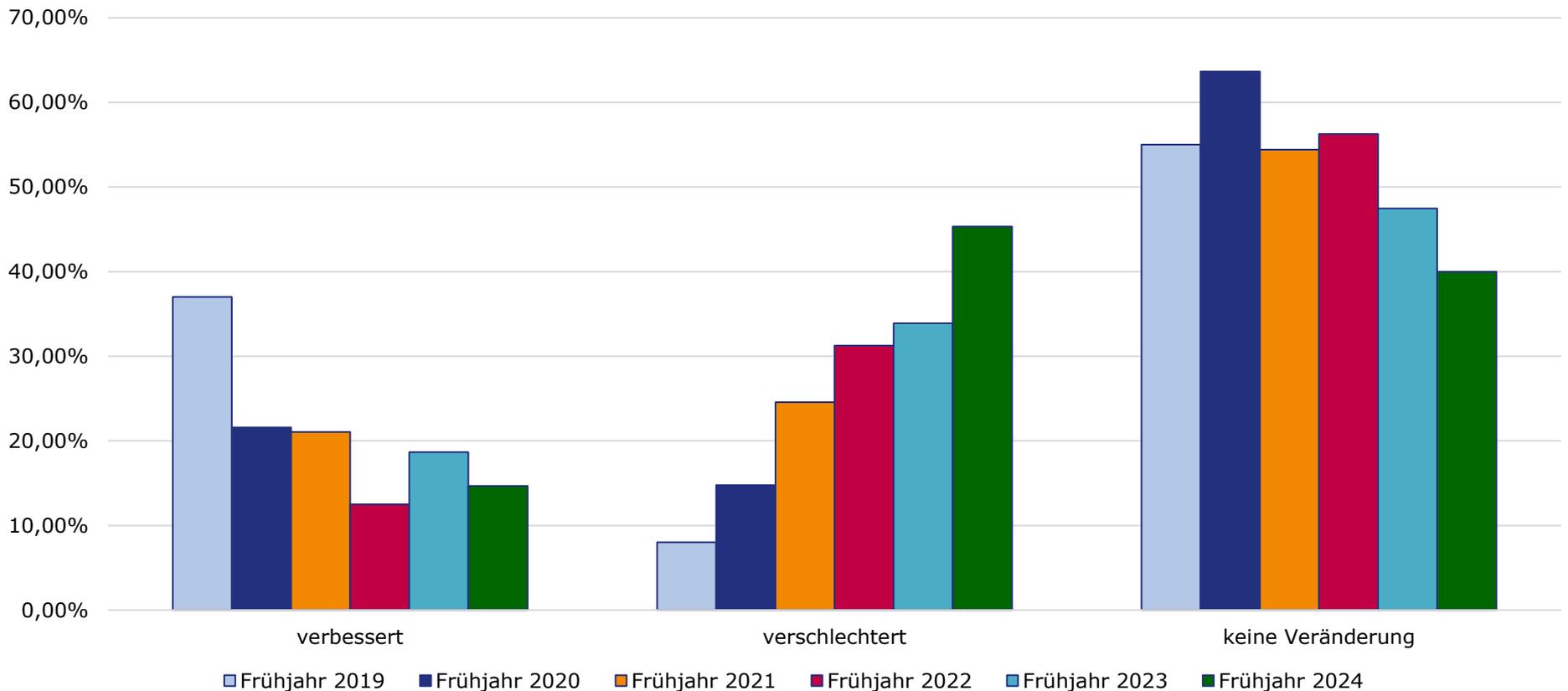
Wie schätzen Sie Ihre derzeitige Geschäftslage ein?





Auftragseingänge verschlechtern sich weiter

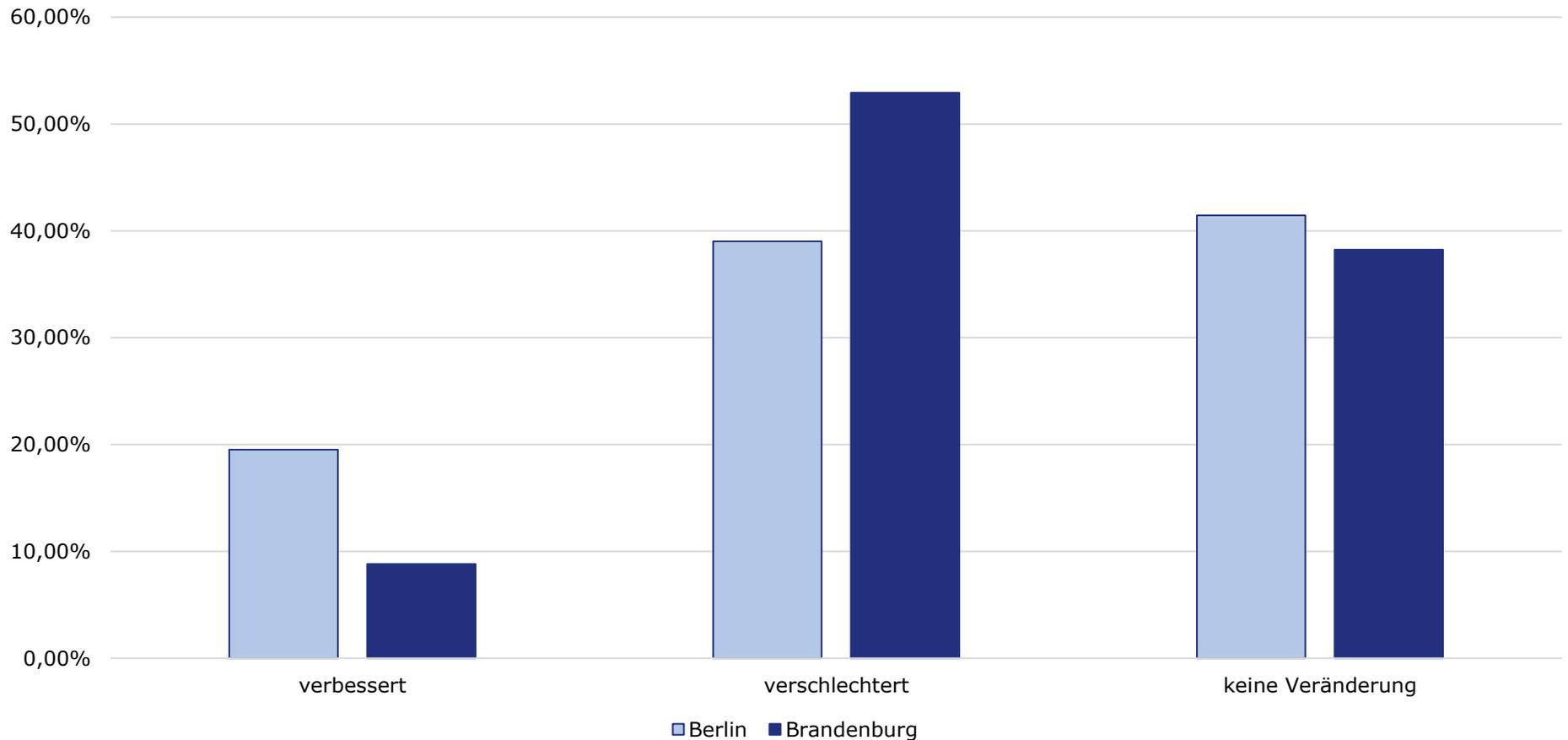
Wie hat sich Ihr Auftragseingang seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr verändert?





Auftragsrückgang in Brandenburg stärker

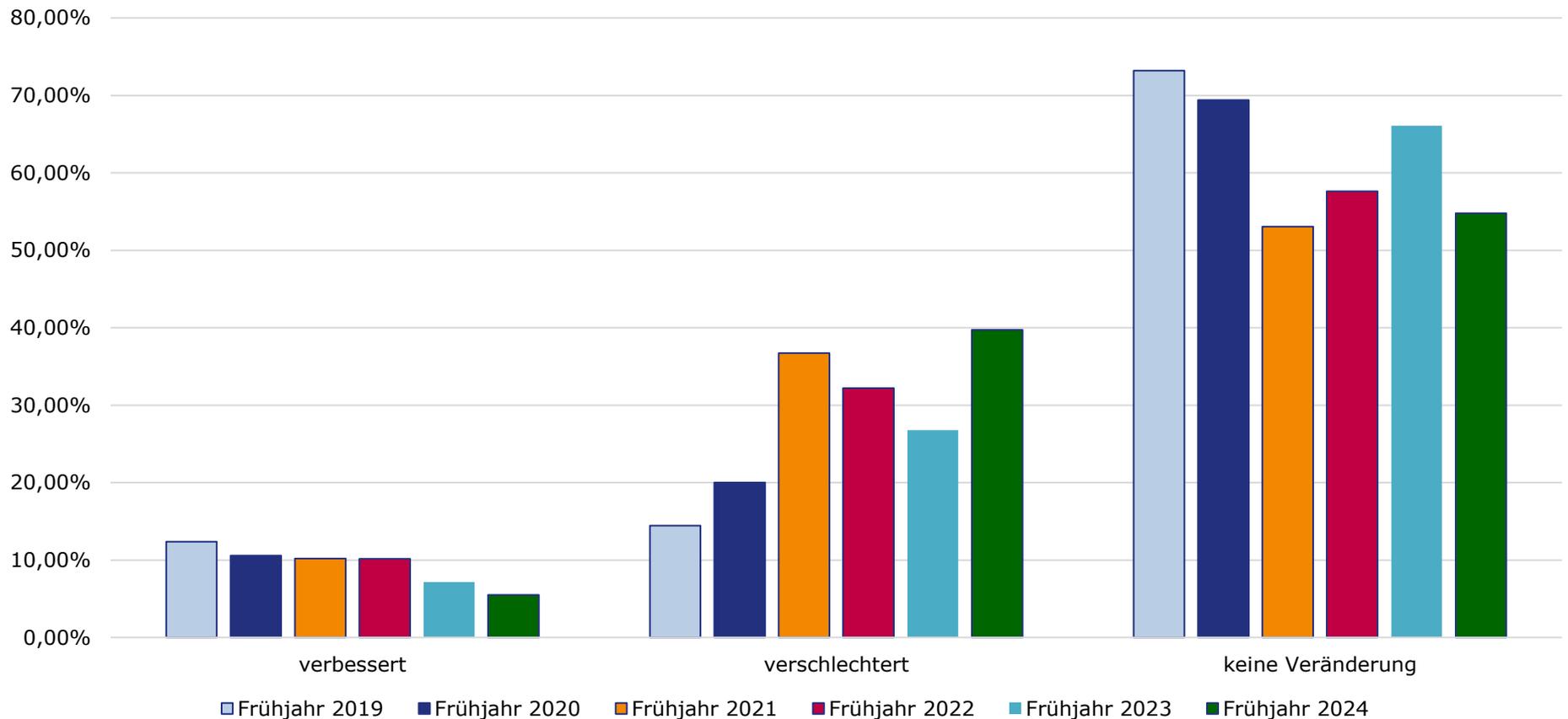
Wie hat sich Ihr Auftragseingang seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr verändert?





Öffentliche Investitionen rückläufig

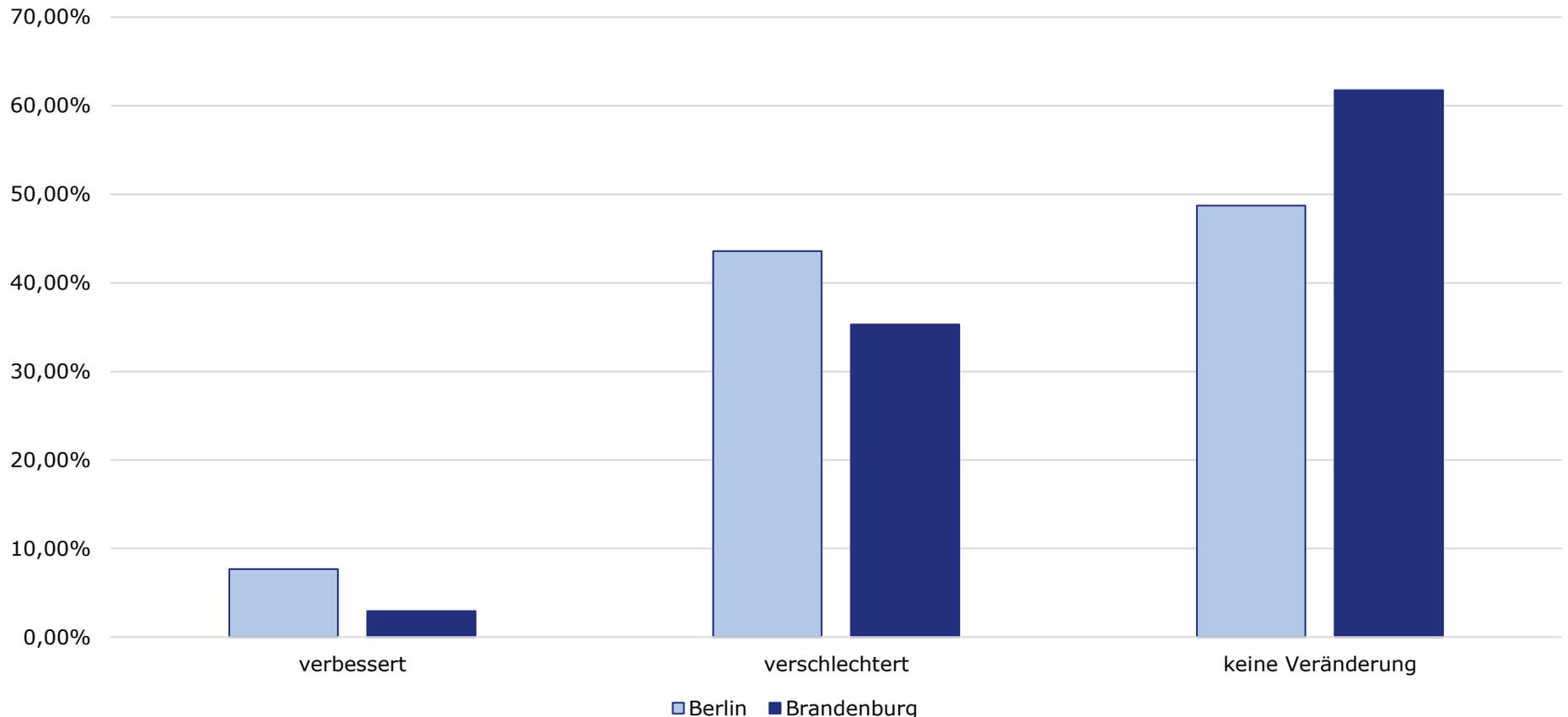
Wie haben sich speziell die öffentlichen Aufträge in Ihrem Bereich seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?





Auch Brandenburg auf der Investitionsbremse

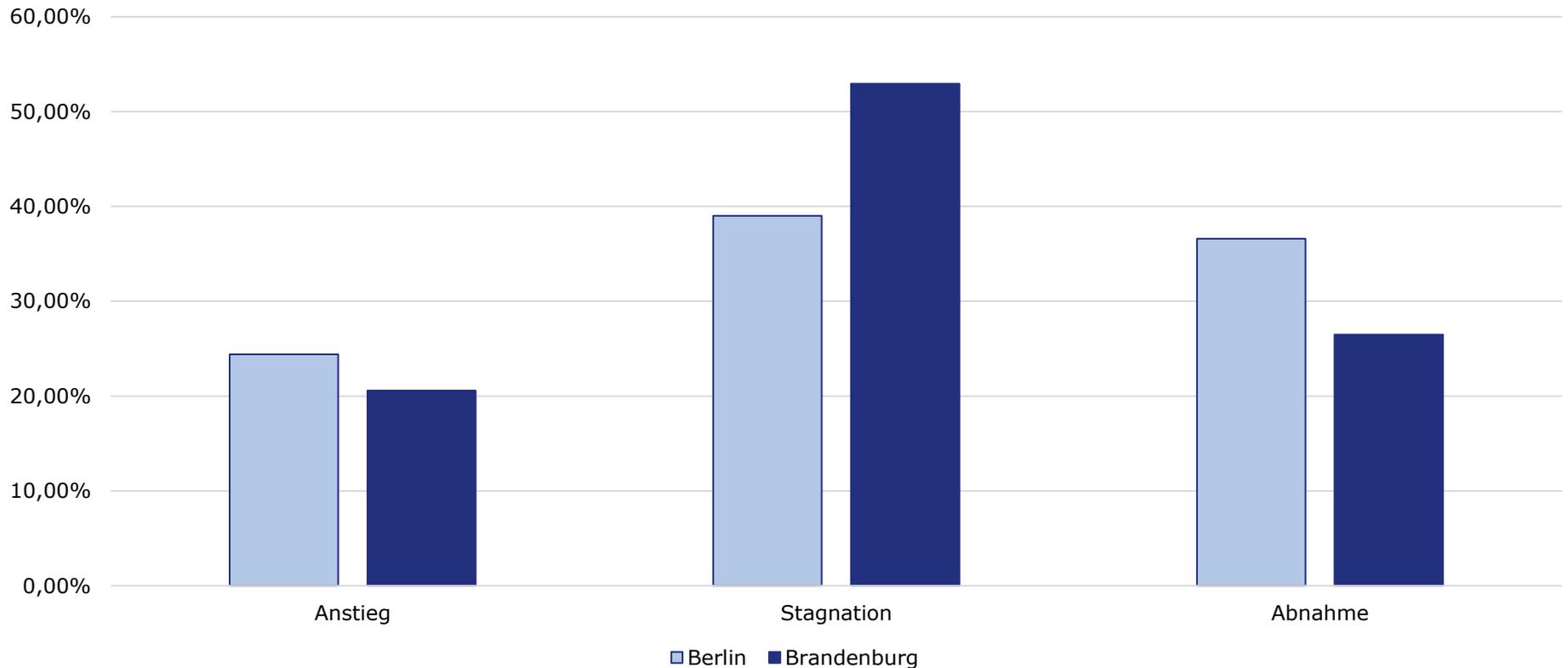
Wie haben sich speziell die öffentlichen Aufträge in Ihrem Bereich seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?





Brandenburgische Unternehmen mit pessimistischerem Ausblick

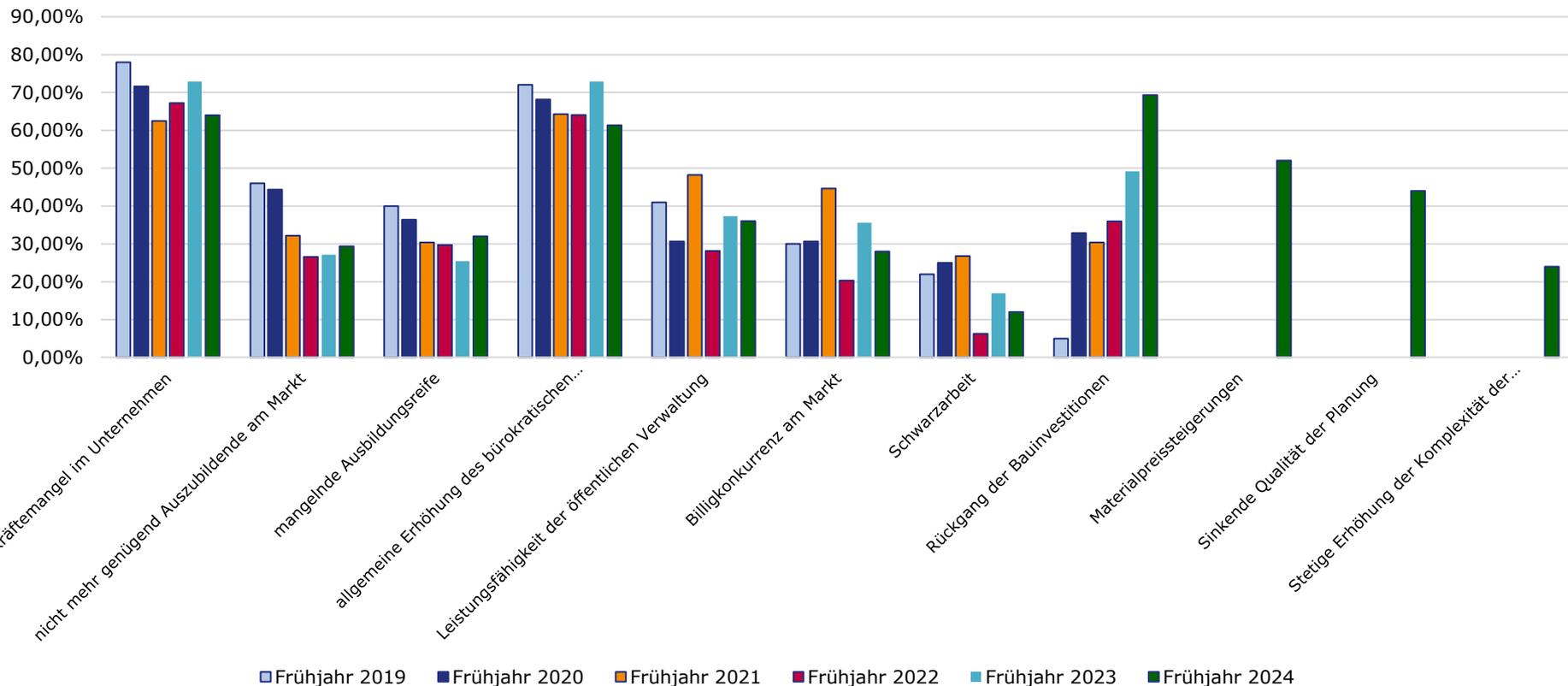
Welche Umsatzentwicklung erwarten Sie bis zum Jahresende im Vergleich zum Vorjahr?





Bürokratie, Fachkräftemangel und sinkende Bauinvestitionen als größte Probleme

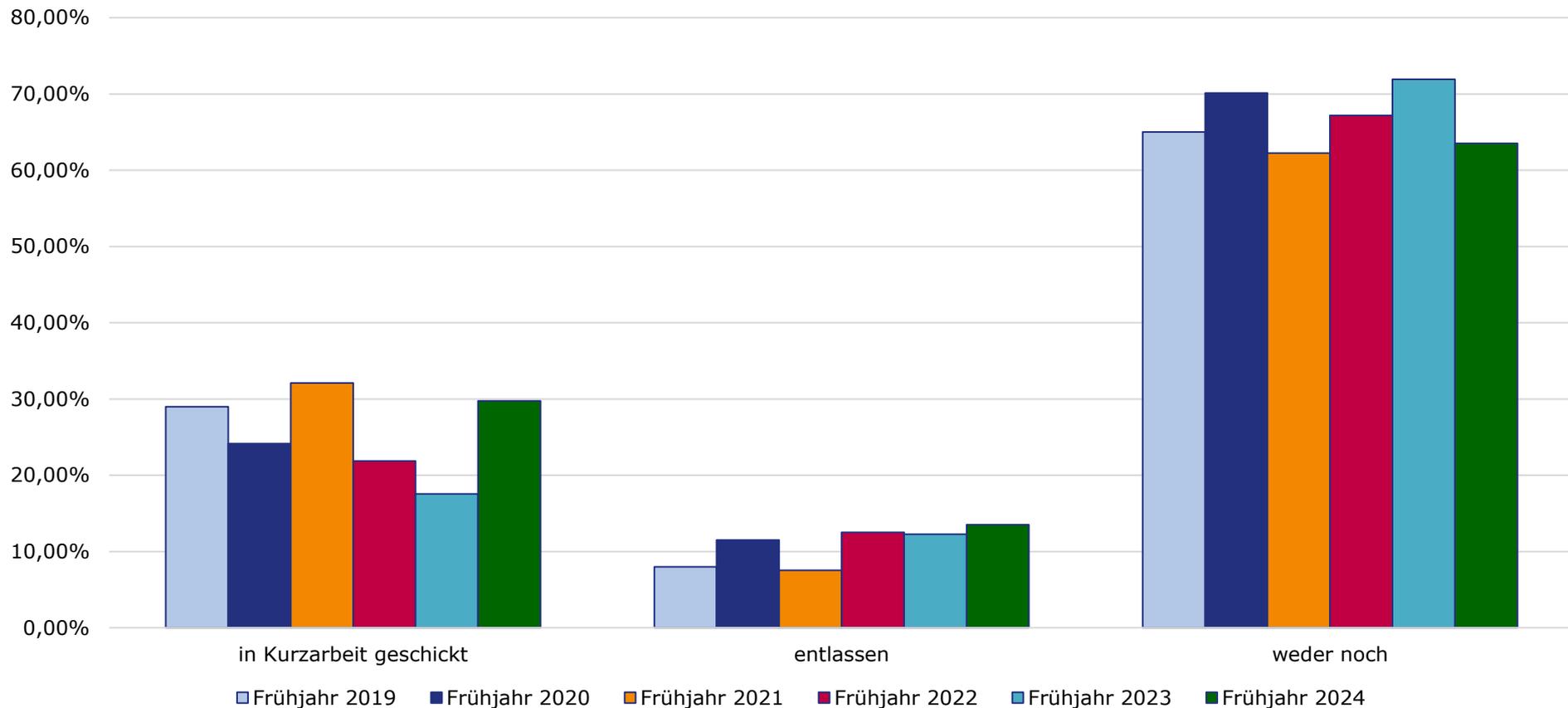
Was sind aus Ihrer Sicht die drei größten Probleme, die die Bauwirtschaft am stärksten belasten? (Mehrfachnennungen möglich)





Unternehmen halten Mitarbeiter so gut es geht

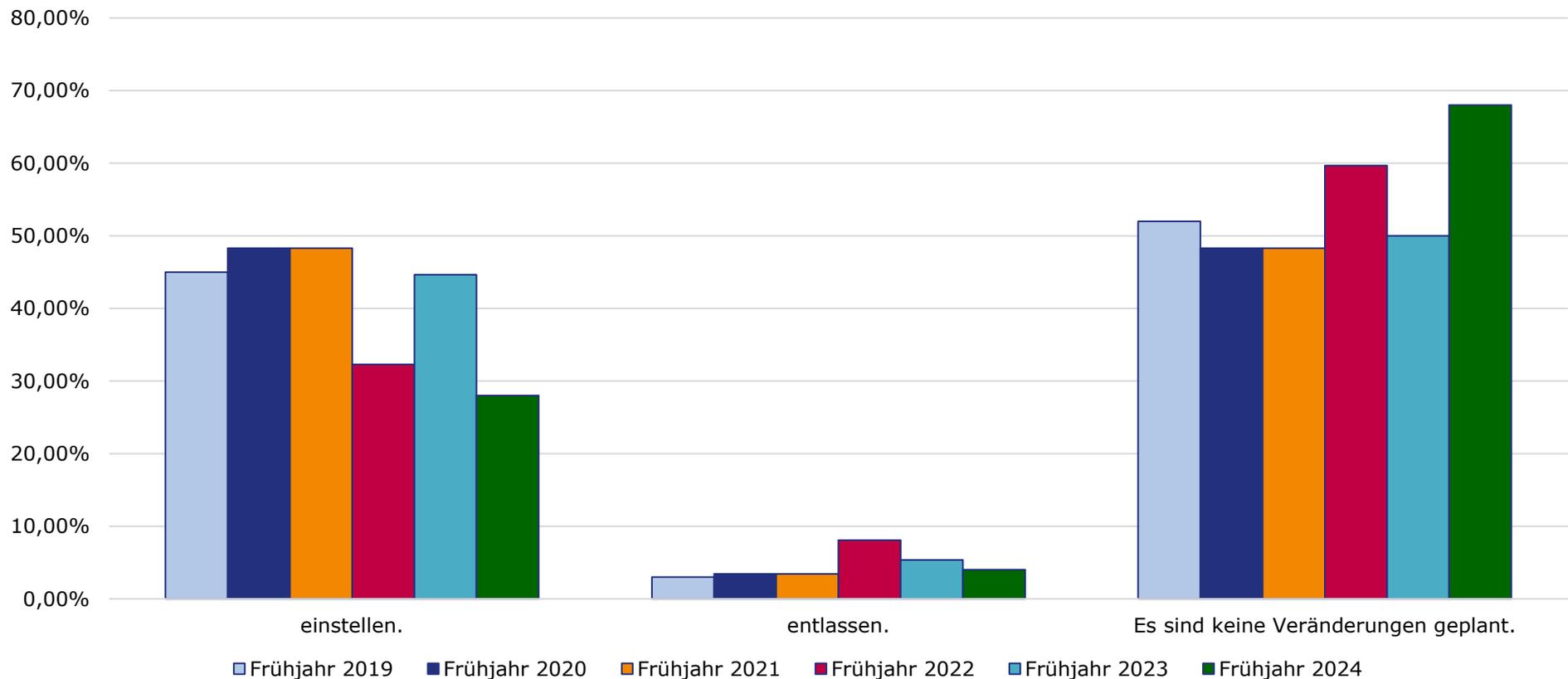
Haben Sie Mitarbeiter im letzten halben Jahr in Kurzarbeit geschickt oder entlassen? (Mehrfachnennungen möglich)





Eher altersbedingte Reduzierungen der Belegschaft

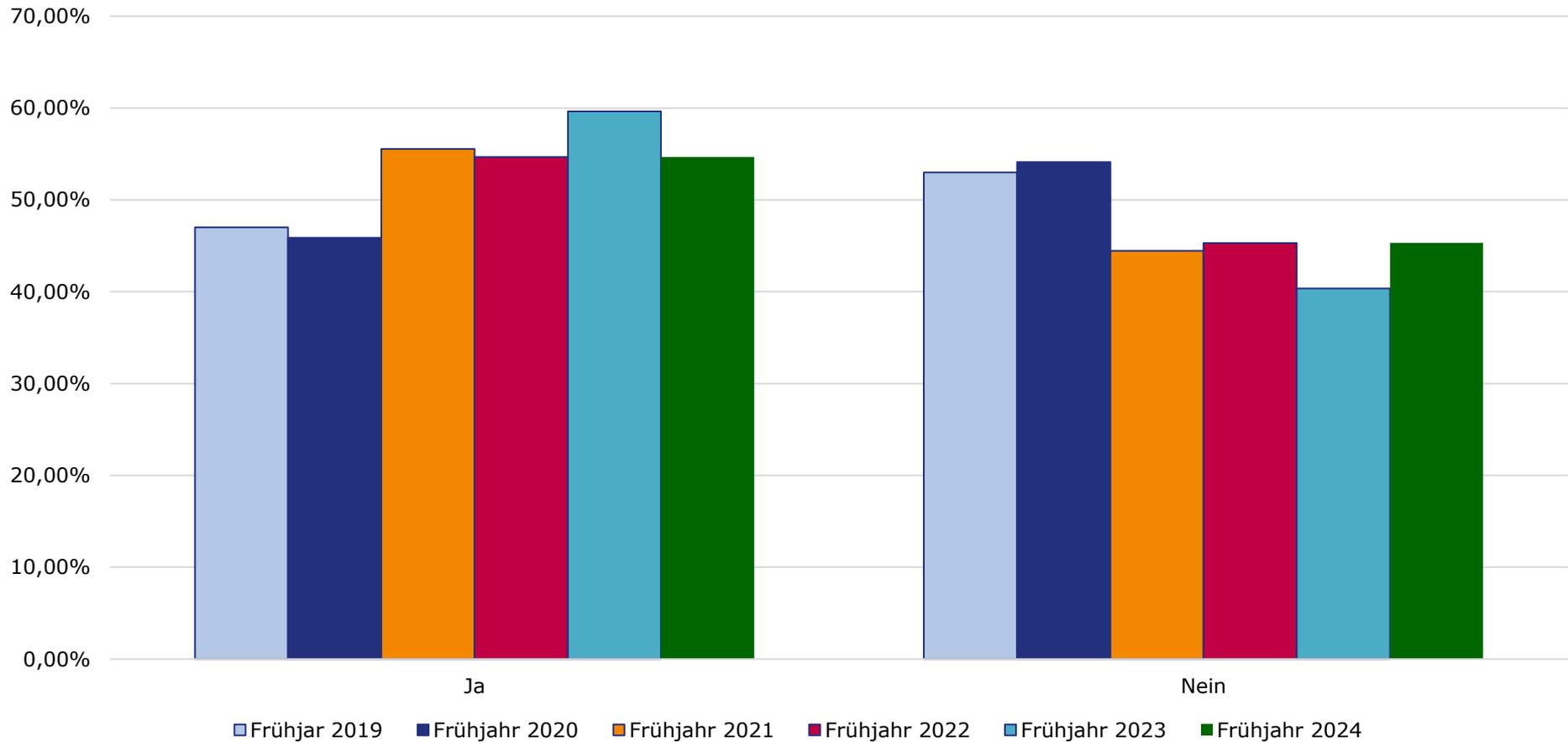
Sie werden voraussichtlich bis Jahresende Mitarbeiter...





Ausbildungswilligkeit ist nach wie vor sehr hoch

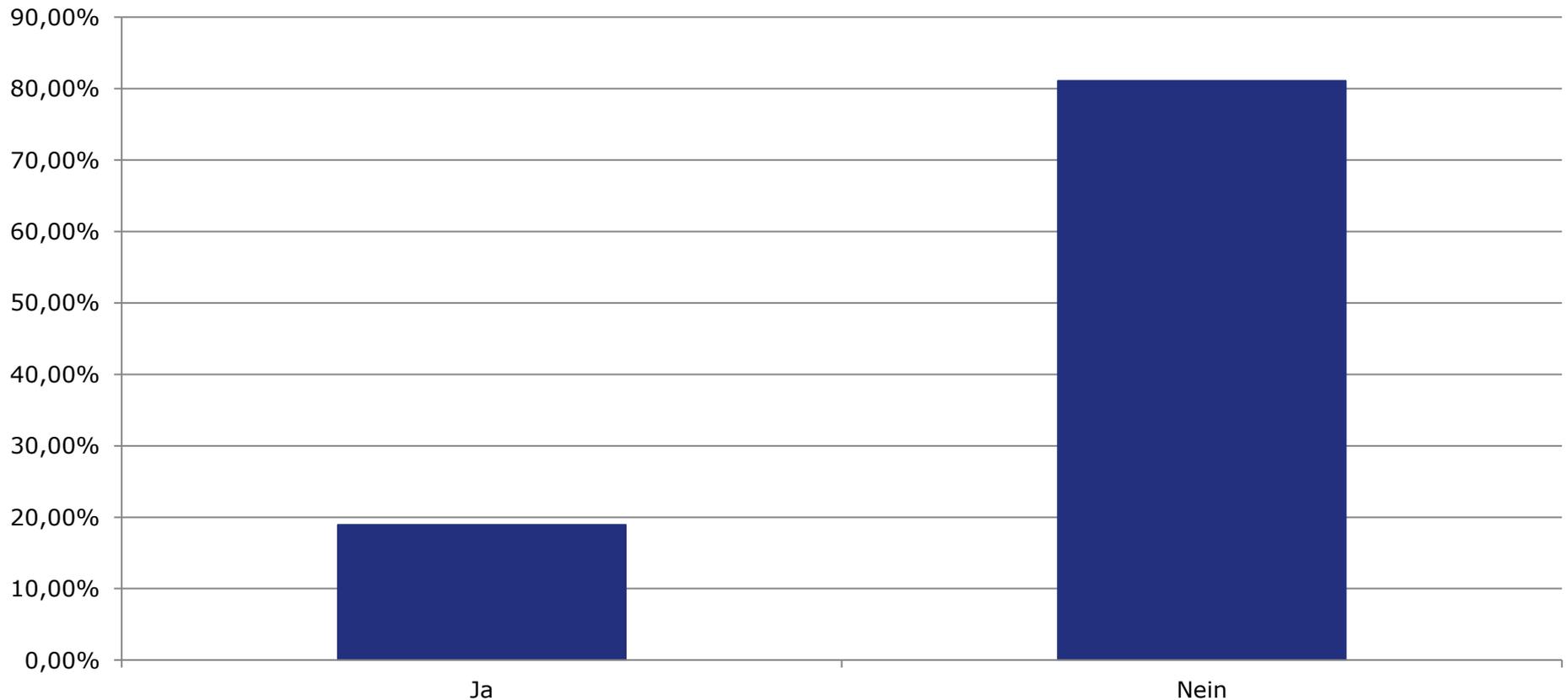
Bilden Sie derzeit Fachkräfte / Lehrlinge aus?





Bürokratie für das Baugewerbe steigt weiter

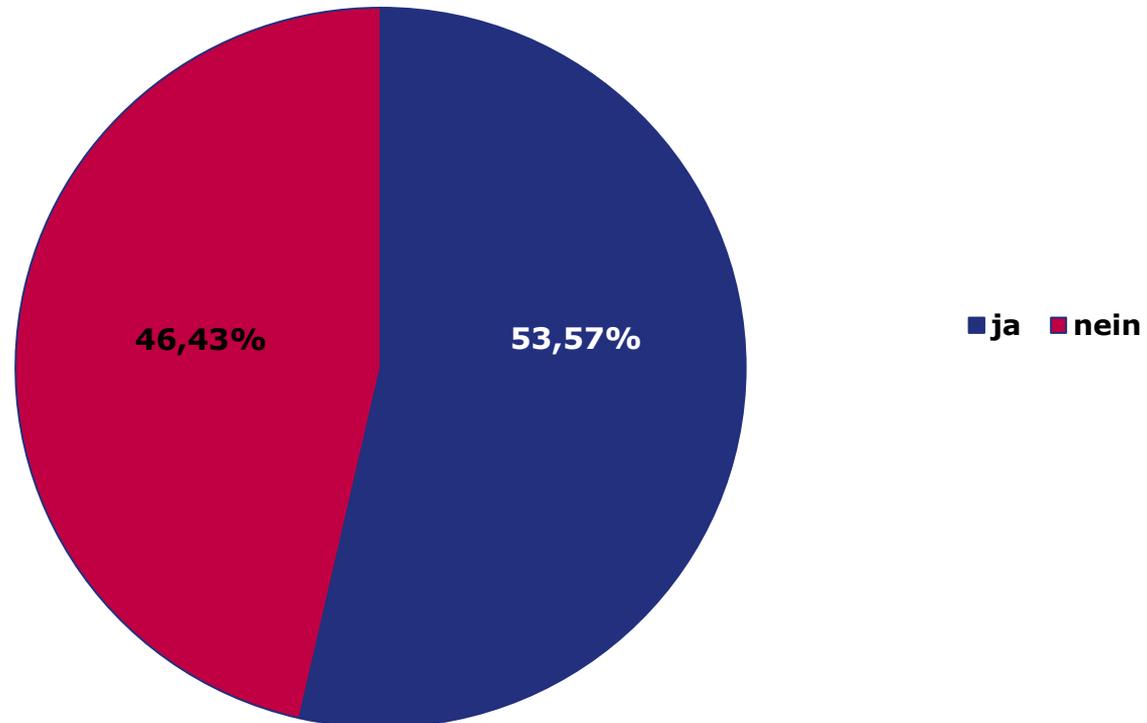
Haben Ihre Auftraggeber in den letzten zwölf Monaten Nachweise gemäß Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz von Ihnen verlangt?





Welche Möglichkeiten hat das Unternehmen?

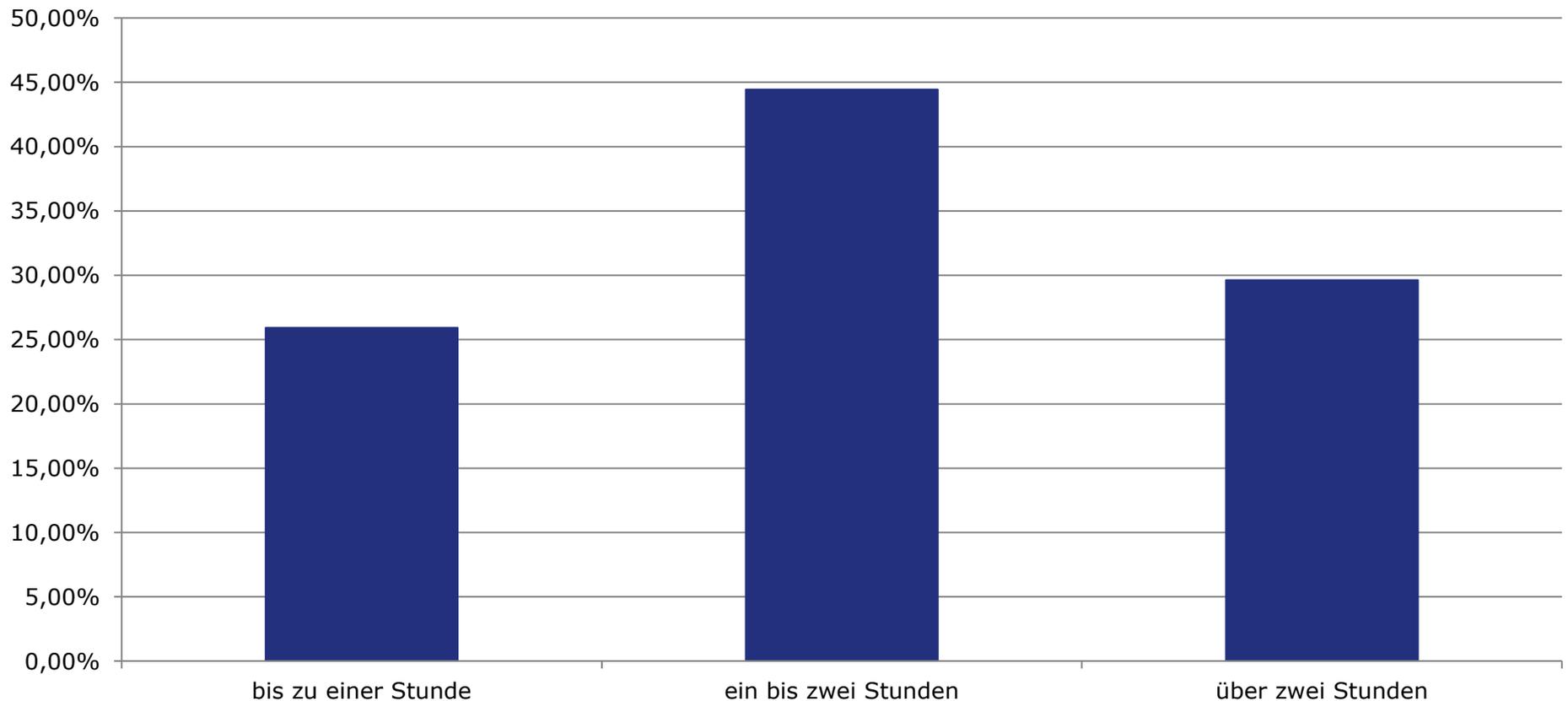
Wenn Sie Nachweise beibringen mussten, haben Sie derartige Nachweise von Ihren Materiallieferanten erhalten?





Aufwand für kleinere Firmen unverhältnismäßig

Wie hoch ist für Sie schätzungsweise der Verwaltungsaufwand pro Nachweis in Arbeitsstunden?





Ableitung von Forderungen

- Schnellstmögliche Umsetzung des Schneller-Bauen-Gesetzes
- Vereinfachung und Synchronisierung der Bauordnungen in Berlin und Brandenburg
 - Sind mit den diesjährigen Novellen weiter auseinandergedriftet (z.B. Dachbegrünungspflicht in Berlin, keine Solarpflicht in Brandenburg für Wohnhäuser)
 - Wegfall der Pflicht für Erschütterungsschutzgutachten in Brandenburg
 - Baustandards auf den Prüfstand
- Auflegen eines neuen verlässlichen umfassenden Förderprogramms für das Bauen auf Bundesebene – analog zum gestrichenen KfW-Programm
- Verringerung der fördernotwendigen Effizienzstandards



Ableitung von Forderungen

- Vereinfachung der öffentlichen Auftragsvergabe
 - Streichung aller vergabefremden Kriterien aus dem Vergaberecht
 - ILO-Kernarbeitsnorm (keine einheitlichen Prüfkriterien/-standards vorhanden)
 - Bezuschlagung des wirtschaftlichsten Angebotes
 - Tariftreue → wenn beibehalten, dann Gültigkeit für alle öffentlichen Auftraggeber
 - Mehr Transparenz in der Vergabe
 - Einführung Unterschwellenvergaberechtsschutz analog zu Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Rheinland-Pfalz
- Einführung von Bearbeitungsfristen und Erlaubnisfiktionen bei Genehmigungsverfahren
 - Einführung von allgemeinverbindlichen Bearbeitungsfristen bei der Baugenehmigung
 - Einführung von Fristen und Genehmigungsfiktionen bei der Sondernutzung Straßenland
 - Einführung Bearbeitungsfristen bei Straßenverkehrsrechtlicher Anordnung (Bundesratsinitiative)



Ableitung von Forderungen

- Durchgehende Digitalisierung aller baurelevanten Verwaltungsprozesse
 - Einführung einer übergreifenden Bauflächendatenbank mit Zugriff für Verwaltungen und Bauherren (Zusammenfassung WoFIS, GeFIS und SoFIS)
 - Faktische Digitalisierung aller Genehmigungsverfahren mit mehr Transparenz für den Antragsteller
 - Digitalisierung des Bauplanungsprozesses und Verkürzung der Erstellungsfristen für Baupläne
 - aktuell zwischen fünf und acht Jahren in Berlin
 - Zum Vergleich: Hamburg benötigt 1,5 Jahre im Schnitt



Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit